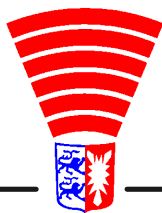


DER LANDTAG SCHLESWIG



HOLSTEIN

M I T T E I L U N G E N

2000/26

Kiel, 2. Februar 2000

Brief und Siegel für Parlamentspartnerschaft mit Kaliningrad Arens: Solide Grundlage für fruchtbare Beziehungen

Kiel (SHL) – Die vom Schleswig-Holsteinischen Landtag und der Gebietsduma von Kaliningrad einstimmig beschlossene Aufnahme partnerschaftlicher Beziehungen ist jetzt offiziell besiegelt: Am Wochenbeginn setzten Landtagspräsident Heinz-Werner Arens und Dumapäsident Valeriy Ustyugov in Kaliningrad ihre Unterschriften unter die in deutscher, russischer und englischer Sprache verfassten Dokumente.

In dem Festakt im Sitzungssaal der Duma unterstrich der Landtagspräsident die Bereitschaft Schleswig-Holsteins, die Stabilisierung und Entwicklung der Region Kaliningrad zu unterstützen. Das Memorandum über die parlamentarische Zusammenarbeit lege eine solide Grundlage für fruchtbare Beziehungen. Zugleich warnte Arens vor übertriebenen Erwartungen. Im Vordergrund müsse eine pragmatische, an beiderseitigem Nutzen ausgerichtete Politik stehen, die sich auf die in dem Abkommen genannten parlamentsspezifischen Schwerpunkte konzentriere: Modernisierung und Stärkung parlamentarischer Strukturen und Verfahren, Wissenstransfer im Gesetzgebungsbereich sowie in Fragen der Menschen- und Minderheitenrechte und die verstärkte Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen zur Unterstützung des gesellschaftlichen Transformationsprozesses.

In einer nachträglichen Bewertung des Kaliningrader Treffens vor der Landespressekonferenz in Kiel am 3. Februar sah Arens eine solide Grundlage für die Erwartung, dass parlamentarische Initiativen den gesellschaftlichen Übergangsprozess in Russland positiv beeinflussen könnten. Präsident Ustyugov sei mit seiner Bemerkung, die politischen Akteure in der Kaliningrader Region müssten Parlamentarismus erst lernen, der beste Kronzeuge. Ustyugov habe gefordert, das Verhältnis von Parlament und Regierung „vom Kopf

Herausgegeben von
der Pressestelle
des Schleswig-
Holsteinischen
Landtages
in 24105 Kiel,
Landeshaus,
24171 Kiel,
Postfach 7121;
Tel. (0431) 988
Durchwahl App.
1120 bis 1125
und 1116 bis 1118
Fax (0431) 988 1119
V.i.S.d.P. Dr. Joachim Köhler
Internet: <http://www.sh-landtag.de>
e-Mail: Joachim.Koehler@ltsh.landsh.de

auf die Füße zu stellen, d. h. Regierungshandeln zu initiieren und zu kontrollieren und nicht umgekehrt“.

In realistischer und vernünftiger Selbsteinschränkung konzentrierten sich die schleswig-holsteinischen Kooperationsangebote auf regionale Schwerpunkte, wohl wissend, dass die parlamentarische Zusammenarbeit mit Kaliningrad eine über bilaterale Beziehungen hinausweisende Dimension im Rahmen der Ostseekooperation habe.

Damit „den Worten Taten folgen“, soll nach Mitteilung des Landtagspräsidenten in einem Treffen auf Mitarbeiterebene ein konkretes Arbeitsprogramm festgelegt werden. Die enge Einbindung des Schleswig-Holsteinischen Landtages in die Gremien der Parlamentarischen Ostseekooperation mit international erfahrenen Mitarbeiterstäben sei dabei eine wertvolle Hilfe.

Die künftige Situation Kaliningrads als Enklave innerhalb einer sich erweiternden Europäischen Union unterstreiche mehr denn je die Notwendigkeit zur Zusammenarbeit in der Ostseeregion. Ob die Ostseeparlamentarierkonferenz, der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas mit seiner Ostsee-Arbeitsgruppe oder das alljährliche Kieler-Wochen-Gespräch - es sei das Netzwerk der Ostseekooperation, das den Weg für die bilaterale Partnerschaft mit Kaliningrad geebnet habe. Die Regionen füllten aus, was an günstigen Rahmenbedingungen auf der europäischen Ebene und im Ostseeraum geschaffen worden sei. Es komme darauf an, die wechselseitigen Beziehungen zwischen der Europäischen Union, Russland und dem Ostseeraum symbiotisch zu verstärken. Die Zukunft Kaliningrads stehe dabei im Mittelpunkt. Bemerkenswert sei in diesem Zusammenhang auch die Bemerkung des Präsidenten der Russischen Föderation, Wladimir Putin, auf dem EU-Russland-Gipfel im Herbst 1999 in Helsinki: Im Hinblick auf die Beziehungen der Russischen Föderation zur Europäischen Union habe Putin auf die Möglichkeit verwiesen, das Kaliningrader Gebiet mittelfristig in eine russische Pilot-Region für die gesamteuropäische Zusammenarbeit umzuwandeln.

Auf den Pilot-Charakter weise auch das zwischen den beiden Parlamenten vereinbarte Memorandum ausdrücklich hin. In den Gesprächen mit den Kaliningrader Parlamentskollegen sei deutlich geworden, neben der Vermittlung parlamentarischer Gepflogenheiten und demokratischer Prozesse vor allem Unterstützung bei dem Aufbau eines funktionsfähigen Öffentlichen Dienstes zu leisten, der sich „nicht als Herr im Staate, sondern als Diener am Staate“ begreifen lerne. Das bisherige, von den russischen Gesprächspartnern beklagte System des „weitgehend beliebigen Einstellens und Feuerns ganzer Mitarbeiterstäbe durch den jeweiligen Gouverneur“ führe nicht nur zur Verunsicherung und Demotivierung von Fachleuten. Es sei vielmehr der eigentliche Grund für eine an westlichen Standards gemessene unzureichende Effizienz des Verwaltungshandelns. Die daraus resultierende Verfahrens- und Rechtsunsicherheit sei Gift für die Wirtschaft und halte insbesondere Investoren von einem finanziellen Engagement in der Region fern.

Ohne funktionsfähige zivile Dienste werde, so Landtagspräsident Heinz-Werner Arens, auch eine Zivilgesellschaft nicht entstehen, die das Ab-

kommen ausdrücklich fördern will. Als erste konkrete Maßnahme habe er deshalb das Institut für Friedensforschung an der Christian-Albrechts-Universität beauftragt, Bedingungen und Möglichkeiten für die Heranbildung zivilgesellschaftlicher Strukturen in Kaliningrad zu untersuchen. Als eine weitere Maßnahme in diesem Zusammenhang ist die Gründung einer Parlamentarischen Gesellschaft nach schleswig-holsteinischem Muster in Aussicht genommen, um Akteure aus Parlament, Politik und vorpolitischem Raum zusammenzuführen.

Um möglichst viel ehrenamtliches und gemeinnütziges Engagement einzubinden, müssten aber auch erkennbare Missstände durch die russischen Behörden beseitigt werden, betonte Arens. Deshalb habe er vor den Repräsentanten der Duma und in Gesprächen mit Regierungsvertretern darauf hingewiesen, dass ihn in jüngster Zeit zahlreiche Zuschriften, unter anderem vom Deutschen Roten Kreuz und der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche erreicht hätten, die Schwierigkeiten und Schikanen bei der Grenzabfertigung durch den russischen Zoll beklagten. Erste Hilfstransporte nach Kaliningrad seien bereits eingestellt worden, Irritationen und Unverständnis bei den Spendern wie auch bei den Empfängern seien die Folge.

Schikanöse Behandlungen durch russische Zollbeamte, ungerechtes Abverlangen überhöhter Gebühren und Bestechlichkeit könnten am ehesten durch zivilgesellschaftliche Entwicklungen vermieden werden.

„Hier muss der Staat selbst mit gutem Beispiel vorangehen, indem er nicht nur die erforderlichen gesetzlichen und administrativen Voraussetzungen schafft, um Missbrauch von Staatsgewalt und Amtsautorität zu verhindern. Ebenso wichtig und noch vordringlicher ist es, den ordnungsgemäßen Vollzug von Gesetzen und Verwaltungsvorschriften durch die eigenen Staatsbediensteten zu gewährleisten. In gesellschaftlichen Übergangsprozessen muss vor allem die Politik diese Arbeit leisten und Maßstäbe für rechtsstaatliches Handeln setzen. Es ist bemerkenswert und bezeichnend, dass wir auch dieses heikle Thema in unseren Diskussionen nicht ausgespart haben. Die sorgfältige Vorbereitung des Abkommens und das damit verbundene Sich-Kennenlernen hat schon jetzt eine Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens geschaffen, die unerlässliche Voraussetzung für eine ergebnisorientierte parlamentarische Zusammenarbeit.